Aktive Bürger Bornheim

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2025

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 4
Kommunale Finanzen – Verantwortung statt Belastung 5
Grundsteuer 8
Wirtschaft 8
Schule 12
I. Schule mit Weitblick gestalten 12
II. Bildung beginnt vor Ort 12
Bildung 13
Flüchtlings- und Integrationspolitik 14
Unsere konkreten Forderungen 15
Kommunale Energiepolitik und Wärmeplanung 17
Wasserversorgung in Bornheim 17
Bauen und Wohnen 20
Soziales und Bürgergeld 21
Verkehrspolitik und Mobilität 21
Thesenpapier zur Verkehrswende in Bornheim 22
Kultur und Brauchtum 25
Umweltschutz 26
Vergabepraxis in Bornheim 27
Unsere konkreten Vorschläge 28
Unsere Zukunftsaussichten 29
Unser Aufruf 30
Geben Sie Ihre Stimme den Kandidaten der ABB! 32

ABB
Aktive Bürger Bornheim
Vernunft
und
Zukunft
für unsere
Stadt
ViSdP: Aktive Bürger Bornheim (ABB) · Guido Dartenne Lücherweg 13 · 53332 Bornheim

Vorwort

Aktive Bürger Bornheim – für sachorientierte Politik über alle Parteigrenzen hinweg

Vernunft und Zukunft für unsere Stadt

Die ABB versteht sich als Wählergemeinschaft und überparteiliches Bündnis. Wir haben alle ein gemeinsames Ziel: die Zustände in Bornheim zum Positiven für alle Bürger zu verändern.

Wir wollen eine ernsthafte Beteiligung der Bürger bei elementaren Entscheidungen. Vor allem bei Investitionen, welche die Stadt mit einem erheblichen finanziellen Risiko belasten oder diese in Bezug auf ihre ökologischen und infrastrukturellen Ressourcen maßgeblich beeinflussen. Diese Einflussnahme bedarf einer direkten Legitimation durch die betroffenen Bürger.

Ab einem bestimmten Investitionsvolumen sollen vor kommunalen Entscheidungen Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt werden. Anhörungen und Informationsveranstaltungen der Stadt sollen sich für die Bürger nicht nur auf das Fragenstellen beschränken. Der Bürger soll und muss auch an der Diskussion teilnehmen und diese Projekte auch mit abstimmen dürfen.

Kommunale Bürger- oder Anliegerinitiativen werden von uns unterstützt.

Kommunale Finanzen – Verantwortung statt Belastung

I. Ausgangslage – Bornheims kritische Finanzsituation

Bornheim trägt aktuell rund **304 Millionen Euro Schulden**. Schon der Haushaltsentwurf 2025 konnte nur deshalb genehmigt werden, weil die Verwaltung eine deutliche **Erhöhung der Grundsteuer B** in Aussicht gestellt hat. Parallel warten ambitionierte Projekte – der Neubau der Heinrich-Böll-Gesamtschule, ein neues Freizeitbad, die Sanierung der Europaschule sowie die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Roisdorf. Zusammen bedeuten sie zusätzliche Kreditaufnahmen **von 170 bis zu 200 Millionen Euro (unverbindliche Schätzung)**, für die kaum Zuschüsse von Bund oder Land zu erwarten sind. Setzen wir diesen Kurs fort, steht Bornheim bereits **2028** vor einem Nothaushalt und verliert seine finanzielle Handlungsfähigkeit.

II. Unsere Analyse – kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem

Oft wird der Eindruck erweckt, die Stadtkasse leide vor allem an fehlenden Einnahmen. Tatsächlich aber laufen die Ausgaben aus dem Ruder: Baukosten schießen über den ursprünglichen Rahmen hinaus, Vergaben sind selten kostendeckend gestaltet und laufende Verträge werden nur selten einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen. Wer in dieser Situation allein nach neuen Einnahmequellen sucht – also in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern noch tiefer in die Tasche greift –, löst das Grundproblem nicht, sondern verschiebt es in die Zukunft.

III. Unser Gegenmodell – fünf Schritte zu einem soliden Haushalt

1. Investitionsmoratorium mit Prioritätenliste

Alle laufenden und geplanten Bau- und Investitionsvorhaben werden innerhalb von sechs Monaten auf Nutzen, Kosteneffizienz und Dringlichkeit geprüft. Projekte ohne zwingende gesetzliche Verpflichtung werden so lange ausgesetzt, bis der Haushalt wieder ausgeglichen ist.

2. Verbindliche Kostenobergrenzen und schärfere Vergabevorgaben

Jedes Vorhaben erhält einen klar definierten Finanzrahmen, der nur mit Ratsbeschluss überschritten werden darf. Ausschreibungen werden so gestaltet, dass Preis, Qualität und Zeitplan verbindlich festgelegt sind – Nachträge dürfen die Ausnahme, nicht die Regel sein.

3. Schuldenbremse auf kommunaler Ebene

Neue Kredite werden nur aufgenommen, wenn es sich um eine unaufschiebbare Pflichtaufgabe handelt **und** eine Gegenfinanzierung (zum Beispiel durch Einsparungen an anderer Stelle oder gesicherte Fördermittel) vorliegt. Andernfalls gilt: erst sparen, dann investieren.

4. Transparente Haushaltssteuerung und Bürgerbeteiligung

Zweimal jährlich legt die Verwaltung einen verständlichen Kassenbericht vor, der öffentlich einsehbar ist. Ein unabhängiges, ehrenamtliches Controlling-Gremium begleitet Großprojekte und berichtet direkt an den Rat – so behalten Bürgerinnen und Bürger den Überblick, wo ihr Geld bleibt.

5. Schutz der Rücklagen und Verzicht auf weitere Steuererhöhungen

Die noch vorhandenen Reserven dürfen nicht zur Stopfung wiederkehrender Defizite verwendet werden. Solange Einsparpotenziale vorhanden sind, bleibt die Grundsteuer B unangetastet. Erst wenn alle Sparmaßnahmen ausgeschöpft und zwingende Mehrkosten nachgewiesen sind, wäre eine temporäre moderate Anpassung denkbar.

I. Was wir konsequent ablehnen

- Prestigebauten ohne belastbares Finanzierungs- und Nutzungskonzept
- Tricksereien durch einmalige Erlöse, die Löcher nur kurzfristig stopfen
- Das Verschieben von Tilgungen zu Lasten künftiger Generationen

II. Unser Versprechen

Wir stellen den Haushaltsausgleich **vor** Steuererhöhungen. So sichern wir Bornheims finanzielle Autonomie und schaffen Spielräume für Investitionen, die wirklich zählen: gute Schulen, intakte Infrastruktur, wirksamen Klimaschutz und hohe Lebensqualität – finanziert aus einer soliden, fairen und zukunftssicheren Stadtkasse.

ABB

Aktive Bürger Bornheim

Drastische Erhöhungen der Grundsteuer B

Nicht mit uns!

ABB wählen!

ViSdP: Aktive Bürger Bornheim (ABB) · Guido Dartenne Lücherweg 13 · 53332 Bornheim

Grundsteuer

Die ABB formuliert ihre Kernforderungen zur Grundsteuer in Bornheim, um die finanzielle **Belastung der Bürger zu begrenzen, Transparenz im Steuerverfahren zu schaffen** und die **Einkommensneutralität der Stadt** bei der Grundsteuer-Reform zu wahren.

I. Moderate Anpassung der Grundsteuer A und B

- **Steigerung um 2 % jährlich oder an die Inflation angepasst:**

  Die ABB befürwortet max. eine moderate Erhöhung der Grundsteuer A und B, entweder pauschal um 2 % pro Jahr oder angepasst an die Inflationsrate, um eine planbare und faire Entwicklung zu gewährleisten.

II. Ablehnung der Grundsteuer C für unbebautes Bauland

- **Nicht unterstützte Maßnahme:**

  Die Einführung einer Grundsteuer C auf unbebautes Bauland wird von der ABB vorerst nicht befürwortet, um zusätzliche Belastungen für Eigentümer unbebauter Flächen zu vermeiden.

Wirtschaft

Wirtschaftspolitik in Bornheim – Standortstärkung und Förderung der Landwirtschaft

I. Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bornheim

- **Nachhaltige Standortentwicklung:**

  Die ABB setzt sich für eine nachhaltige Stärkung Bornheims als dynamischen Wirtschaftsstandort ein und fördert eine gesunde Infrastruktur in allen Ortsteilen.

- **Ablehnung ungebundener Subventionen:**

  Direkte Subventionen in Form von Zahlungen oder Vergünstigungen an Unternehmen ohne Gegenleistungen lehnen wir ab. Wirtschaftliche Unterstützung soll an klar definierte Verpflichtungen gekoppelt sein, z.B. um Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen in Bornheim zu erhalten.

- **Öffentliche Auftragsvergabe:**

  Aufträge werden unter Berücksichtigung von Folgekosten vergeben; öffentliche

Aufgaben sollen vorzugsweise von städtischen Mitarbeitern ausgeführt werden, um langfristig Kosten und Qualität zu sichern.

II. Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums

- **Bedeutung der regionalen Landwirtschaft:**

  Landwirtschaftliche Sparten wie Ackerbau, Forstwirtschaft und Gartenbau schaffen Arbeitsplätze und sichern die Primärversorgung der Bevölkerung – sie sind zentrale Leistungsträger der regionalen Wirtschaft.

- **Priorisierung regionaler Produkte:**

  Die ABB wirbt dafür, regionalen Produkten (wie Gemüse, Obst, Fleisch, Fisch) den Vorrang vor Importware zu geben, um kurze Transportwege, regionale Wertschöpfungsketten und eine hochwertige Lebensmittelversorgung, auch in Krisenzeiten, zu gewährleisten.

- **Stärkung kleiner und mittelgroßer Betriebe:**

  Strukturelle Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass auch kleinere Betriebe langfristig erfolgreich wirtschaften können. Dies erfordert faire Marktbedingungen, eine gerechte Vergütung und die Förderung der Direktvermarktung.

- **Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Landwirte:**

  Die ABB fordert eine marktwirtschaftlich orientierte Landwirtschaft ohne EU-verordnungsbedingten Zwang (z. B. durch die Gemeinsame Agrarpolitik, GAP) – Unabhängigkeit und eine sachgerechte, generationengerechte Vergütung sind essenziell.

- **Schutz landwirtschaftlich nutzbarer Flächen:**

  Die Erhaltung und Ausweitung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen ist von zentraler Bedeutung; eine Umwidmung dieser Flächen zugunsten sogenannter erneuerbarer Energien lehnen wir ab.

III. Schaffung neuer Gewerbeflächen und Ansiedlung von Betrieben, die Gewerbesteuer zahlen

- **Aktive Flächenentwicklung:**

  Die Stadt Bornheim sollte aktiv neue, moderne Gewerbeflächen schaffen, um wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen anzusiedeln. Dabei ist uns wichtig, dass der ruhende LKW-Verkehr mitbedacht wird und ausreichend Flächen durch die Betriebe angeboten werden. Dies muss eine Voraussetzung sein für eine Ansiedlung.

- **Förderung wirtschaftlicher Impulse:**

  Gezielte Ansiedlungspolitik soll Betriebe anziehen, die nicht nur Arbeitsplätze generieren, sondern auch durch ihre Gewerbesteuerzahlungen den städtischen Haushalt nachhaltig stärken.

- **Attraktivitätssteigerung des Standorts:**

  Durch Investitionen in moderne Gewerbegebiete, gute Anbindung an Verkehrsknotenpunkte und eine verbesserte Infrastruktur wird der Wirtschaftsstandort Bornheim wettbewerbsfähiger und attraktiver für Unternehmen.

- **Kooperationen und Förderprogramme:**

  Die Zusammenarbeit mit regionalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen und die Nutzung gezielter Förderprogramme sollen dazu beitragen, die Ansiedlung innovativer Betriebe zu unterstützen und langfristige wirtschaftliche Impulse zu setzen.

Die ABB steht für eine Wirtschaftspolitik, die Bornheim als **dynamischen Wirtschaftsstandort nachhaltig stärkt und gleichzeitig die regionale Landwirtschaft in den Vordergrund stellt.** Ergänzend dazu wird durch die Schaffung neuer Gewerbeflächen und die gezielte Ansiedlung von Betrieben, die durch ihre Gewerbesteuerzahlungen zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur beitragen, der wirtschaftliche Rückhalt der Stadt weiter gefestigt. Diese integrierte Strategie soll langfristig Arbeitsplätze sichern, faire Marktbedingungen schaffen und die lokale Wertschöpfung fördern.

ABB
Aktive Bürger Bornheim
Weniger Leuchtturm-Projekte
Mehr Standard
Weniger Schulden
ViSdP: Aktive Bürger Bornheim (ABB) · Guido Dartenne Lücherweg 13 · 53332 Bornheim

Schule

I. Schule mit Weitblick gestalten

Verantwortungsvoll, realistisch, zukunftsorientiert – für eine starke Bildungslandschaft in Bornheim.

II. Bildung beginnt vor Ort

Als Schulträger trägt die Stadt Bornheim Verantwortung für funktionierende Schulen. Die ABB steht für eine Schulpolitik, die **realistisch, wirtschaftlich tragfähig und zukunftsfähig** ist – für beste Lernbedingungen heute und morgen.

1. Schulentwicklungsplanung mit Augenmaß

Unsere Schulentwicklungsplanung orientiert sich am tatsächlichen Bedarf – sowohl räumlich als auch pädagogisch. Dabei denken wir langfristig: Demografische Entwicklungen, pädagogische Konzepte und infrastrukturelle Gegebenheiten fließen in unsere Entscheidungen zur Weiterentwicklung der bestehenden Schullandschaft ein. Teilungen, Zusammenlegungen oder Anpassungen von Standorten erfolgen transparent, gut begründet und in enger Abstimmung mit allen Beteiligten.

2. Gebäude und Ausstattung: funktional, gepflegt, modern

Wir investieren in den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Schulgebäude. Dabei stehen funktionale Raumkonzepte, Barrierefreiheit und ein angemessener Reinigungsstandard im Fokus. Die Ausstattung mit Lehrmitteln, Mobiliar und Technik erfolgt bedarfsgerecht, wirtschaftlich und nachhaltig.

3. Digitalisierung: vernetzt, effizient, zukunftsfähig

Wir fördern die digitale Bildung durch eine schulübergreifende Vernetzung. Synergien zwischen Schulen sollen genutzt werden, um IT-Ressourcen gemeinsam zu beschaffen, zu warten und weiterzuentwickeln – kostensparend, effizient und nachhaltig. Der Medienentwicklungsplan wird regelmäßig überarbeitet und eng an die realen Bedarfe sowie die verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen angepasst. Technik allein reicht nicht – auch die Wartung, Supportstrukturen und Fortbildung müssen mitgedacht werden.

4. Ganztag stärken – verlässlich und vielseitig

Ganztagsangebote sind ein wichtiger Baustein für Bildungsgerechtigkeit und Familienfreundlichkeit. Wir setzen uns für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsplätzen ein – mit gut ausgestatteten Räumen, einem warmen Mittagessen, qualifiziertem Personal und einem vielfältigen Angebot aus Sport, Kultur, Kreativität und individueller Förderung. Dabei achten wir auf Qualität, Verlässlichkeit und eine gute Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Partnern.

5. **Schulsozialarbeit als feste Säule**

Schulsozialarbeit ist unverzichtbar für ein gutes Schulklima und erfolgreiche Bildungsbiografien. Wir setzen uns dafür ein, dass an möglichst vielen Standorten dauerhaft qualifizierte Schulsozialarbeit zur Verfügung steht – mit verlässlicher Finanzierung und enger Anbindung an die Schulen. Sie unterstützt nicht nur Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen, sondern stärkt auch das Miteinander im Schulalltag und entlastet Lehrkräfte.

6. **Schulwege sicher und stressfrei gestalten – Elterntaxis reduzieren**

In Bornheim stehen viele Schulen täglich vor denselben Herausforderungen: Zu den Bring- und Abholzeiten kommt es rund um die Schulstandorte regelmäßig zu Verkehrschaos, gefährlichen Situationen und unnötigem Stress – für Kinder, Eltern und Anwohnerinnen und Anwohner. Wir wollen das Problem mit Elterntaxis aktiv angehen. Unser Ziel ist es, die Zahl der privaten Autofahrten im Schulumfeld zu reduzieren und gleichzeitig sichere, eigenständige Schulwege zu fördern. Dafür setzen wir uns ein:

- verkehrsberuhigte Zonen rund um Schulen
- klar gekennzeichnete Elternhaltestellen außerhalb des direkten Schulumfelds
- bessere Infrastruktur für Fuß- und Radwege
- Mobilitätsbildung (Training des Verhaltens im Strassenverkehr ab der - Grundschule) an Schulen in Zusammenarbeit mit Polizei, Verkehrswacht und Stadtverwaltung
- sichere Fahrradabstellmöglichkeiten und wettergeschützte „Wartehäuschen“

7. **Verantwortungsvoll haushalten**

Wir verbinden pädagogische Ansprüche mit wirtschaftlicher Vernunft. Investitionen erfolgen planvoll und mit Blick auf langfristige Betriebskosten. Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und verantwortungsvoller Umgang mit der Natur, sind zentrale Kriterien in unseren Entscheidungsprozessen.

Unser Ziel für Bornheim

Eine Schule vor Ort, die funktioniert – heute und morgen. Wir wollen Bildung ermöglichen, die nicht an den Rahmenbedingungen scheitert. Mit Weitsicht, Verantwortung und Dialog gestalten wir die Bildungslandschaft in Bornheim.

Bildung

Stärkung der Volkshochschulen

Bildung ist ein lebenslanger Prozess, welcher der Stärkung und Weiterentwicklung der Arbeitsleistung des Einzelnen und der Gesellschaft dient. Volkshochschulen bieten hierbei den Bürgerinnen und Bürgern eine sinnvolle Anlaufstelle zur Weiterbildung. Wir wollen daher die Volkshochschulen erhalten und weiter stärken. Das Angebot muss für jeden unabhängig von dessen Einkommenssituation erschwinglich sein und daher stets dem aktuellen Bedarf angepasst werden.

Bibliotheken und öffentliche Büchereien

Büchereien bieten einen weiteren Weg zur Bildung an, welcher aber derzeit durch nicht bedarfsgerechte Öffnungszeiten, Schließungen oder ein veraltetes Angebot versperrt wird. Eine Digitalisierung der Bestände mit der Einrichtung der Möglichkeit des Zugriffes über das Internet kann hierbei eine Flexibilisierung der Nutzungsmöglichkeiten und darüber hinaus langfristige Kostenersparnis bedeuten. Wir setzen uns daher dafür ein, die notwendigen Klärungen hinsichtlich evtl. Urheberrechte durchführen zu lassen und das digitalisierte Angebot online zu stellen.

Flüchtlings- und Integrationspolitik

Bornheim ist ebenso wie viele andere Städte Deutschlands in Ballungszentren von einer ungeheuren Zuweisung an Flüchtlingen betroffen. Hinzu kommen zahlreiche Flüchtlinge, die unter die Massenzustrom-Richtlinie (Ukrainer und aus der Ukraine kommende Drittstaatenangehörige) fallen und die freizügig ihren Zufluchtsort selbst aussuchen können und sich für Ballungszentren entscheiden.

Dabei kollidieren zwei Probleme, die auch Bornheim betreffen; nämlich **Rekordzuwanderung sowie ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum**, die zu einer Konkurrenzsituation zwischen Zugewanderten und Einheimischen und darüber hinaus zunehmend zu sozialem Unfrieden führt, den die etablierten Parteien nicht wahrhaben wollen, statt sich damit auseinanderzusetzen und Lösungen anzustreben.

Die ABB bekennt sich grundsätzlich zu der Genfer Flüchtlingskonvention (GKF) und den sich aus der Konvention ergebenden Pflichten zur Aufnahme von Flüchtlingen und anderen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten. Davon abgesehen sind wir uns aber auch der Herausforderung bewusst, welche die unkontrollierte Massenzuwanderung der vergangenen Jahre mit sich bringt.

In den vergangenen Jahren hat die ABB als einzige politische Gruppierung im Bornheimer Stadtrat immer wieder gegen explodierende Kosten bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten in Form von Flüchtlingsunterkünften protestiert und überteuerte Flüchtlingsunterkünfte abgelehnt.

Allein im Jahre 2024 hat die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen den städtischen Haushalt mit sage und schreibe rund 20 Millionen Euro belastet. Dies wollen wir für die Zukunft ändern:

1. Statt einer Unterbringung von Flüchtlingen in städtischen Unterkünften setzen wir uns schon seit langem für die **Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung** ein – so wie dies auch in Alfter geschehen ist. Das hat den Vorteil, dass Bornheim von den Kosten für den Bau der Unterkunft als auch der Verpflegung der Bewohner entlastet würde. Zudem werden die in einer derartigen Erstaufnahmeeinrichtung untergebrachten Menschen auf die Aufnahmequote angerechnet. Des Weiteren würde die

Bildungsinfrastruktur nicht weiter belastet, da Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen direkt vom Bundesland NRW betreut werden. Der Vorschlag der ABB wurde von den anderen politischen Gruppierungen im Bornheimer Stadtrat und der Verwaltung im Keim erstickt.

2. **Keine Sonderbehandlung einzelner Familien**, die statt in Gemeinschaftsunterkünften sofort in extra angemieteten Einfamilienhäusern untergebracht werden. Auch hiergegen haben wir uns als einzige der im Rat vertretenen Parteien ausgesprochen, wurden aber abgeschmettert.

3. **Kosteneinsparung bei Serviceleistungen** wie z.B. die Reinigung der Unterkünfte durch externe Dienstleister: im Sinne des Integrationsgedankens fordern wir auch von Flüchtlingen, sich tatkräftig einzubringen und für die Unterhaltung ihrer Unterkünfte – so weit wie möglich – ihren Anteil zu leisten.

Unsere konkreten Forderungen

- **Umfassende Offenlegung der Kosten:**

  Es ist eine ehrliche und vollständige Offenlegung sämtlicher entstandener Kosten sowie der erhaltenen Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln zu fordern.

- **100 % Kostendeckung:**

  Der Bund und das Land NRW müssen sämtliche entstehenden Kosten vollständig übernehmen.

- **Integration durch Fördern und Fordern:**

  Wir fordern, dass Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte die Reinigung und Gartenpflege der Anlagen selbst ausführen sollten.

- **Effektive Registrierung und Rückführung:**

  Abgelehnte Flüchtlinge sollen zügig registriert und konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

- **Klare Trennung von Einwanderung und Asyl:**

  Es muss eine gesetzliche Unterscheidung zwischen regulärer Einwanderung und Asylverfahren geschaffen werden.

- **Einführung jährlicher Obergrenzen:**

  Die ABB fordert vom Land und Bund, eine festgelegte, jährlich angepasste Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen und Zuwanderern, um Planungssicherheit zu schaffen.

- **Transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern:**

  Die Verwendung der öffentlichen Mittel muss sparsam, planvoll und vor allem transparent gestaltet werden.

- **Einführung der Geldkarte:**

  Die Einführung der Geldkarte halten wir für notwendig und muss auch im Alleingang umgesetzt werden, da die Landesregierung in NRW dies erst für 2028 verbindlich vorschreibt.

Kommunale Energiepolitik und Wärmeplanung

Die ABB setzt sich für eine **nachhaltige, dezentralisierte Energiepolitik** bereits auf städtischer Ebene ein. Ein wesentlicher Baustein dieser Politik ist die **Rückabwicklung ausgelagerter Ver- und Entsorgungsstrukturen** in die Verantwortung der Stadt Bornheim. Kommunale Wasser-, Gas- und Stromversorgung soll nicht in den Händen rein marktorientierter Firmen, sondern im Einflussbereich demokratisch legitimierter Gremien liegen. Wir treten daher für den Verbleib von Energienetzen in öffentlicher Hand bzw. – wo dies nicht der Fall ist – für die **Rekommunalisierung der Energienetze** ein. Da die Verbraucher für die Kosten der Ver- und Entsorgung aufkommen müssen, sollen erzielte Gewinne aus diesem Bereich auch dem Verbraucher zugutekommen. Wind- und Solarenergie sind ein Bestandteil einer **ausgewogenen Energiemischung**, diese wird in Bornheim bereits ausgebaut. Um Fehler des Bundes auf kommunaler Ebene zu vermeiden, schlagen wir vor, das bestehende Erdgasnetz, mit einer Beimischung bis zu 25% Wasserstoff, langfristig weiter zu nutzen.

Wasserversorgung in Bornheim

Die Wasserversorgung in Bornheim steht vor Herausforderungen, die sowohl durch infrastrukturelle Entwicklungen als auch durch interne Regelungsprozesse bedingt sind.

Bedrohungen und externe Einflussfaktoren

- **Gefährdung durch Infrastrukturprojekte:**
  - Der Autobahnzubringer in Bornheim-Widdig/Urfeld gefährdet Grundwasser und die Brunnen, die essenziell für die Wasserversorgung sind.
  - Die derzeitigen Planungen der Rheinspange wirken sich direkt auf die Wasserversorgung aus und müssen kritisch begleitet werden.

Politische Entscheidungen und aktuelle Maßnahmen

- **Wasserumstellung 2019:**
  - Nach intensiven Diskussionen wurde 2019 – unterstützt von ABB, CDU und Grünen – beschlossen, die Wasserversorgung mit weicherem Wasser (geringere Gesamthärte) aus der Wahnbachtalsperre (WTV) umzustellen.
  - Der derzeitige Mischungsanteil beträgt 50 % Wasser vom Urfelder Wasserwerk (WBV) und 50 % aus der Wahnbachtalsperre (WTV).

Zukunftsperspektiven und Qualitätskontrolle

- **Überwachung der Nitratwerte:**

  - Es wird die Entwicklung der Nitratwerte im Bereich des Wasserwerks Eichenkamp (im Besitz der Stadt Bornheim) kontinuierlich beobachtet.
  - Falls in der Zukunft wieder Wasser mit zulässigen Nitratwerten gefördert werden kann, könnte eine schrittweise Reduktion der Wassereinkäufe vom WBV und WTV erfolgen.

- **Wirtschaftliche Aspekte:**
  - Die Förderung aus eigenen Brunnen stellt eine preiswertere Alternative zum Zukauf von Wasser vom WBV und WTV dar, was langfristig wirtschaftliche Vorteile für die Stadt Bornheim bietet.

ABB

Aktive Bürger Bornheim

Wählen gehen bürgerliche Mitte stärken!

V.i.S.d.P.: Aktive Bürger Bornheim (ABB) · Guido Dartenne · Lücherweg 13 · 53332 Bornheim

Bauen und Wohnen

Städtebauliche Entwicklung in Bornheim – klar & verantwortungsvoll

Die Bornheimer Bürgerinnen und Bürger stehen vor großen Herausforderungen: Mehrere von der Politik vorangetriebene Großprojekte – darunter die Neubauten der Heinrich-Böll-Gesamtschule (HBG), ein neues Schwimmbad, Neugestaltung des Roisdorfer Bahnhofsvorplatzes und Rad-Pendler-Routen – binden enorme finanzielle und organisatorische Ressourcen.

Seit Beginn der laufenden Wahlperiode setzt sich die **ABB** – anders als alle anderen Stadtratsfraktionen - für eine Stadtentwicklung **mit Augenmaß** ein, die weder Haushalt noch Verwaltung überlastet.

1. Schluss mit überteuerten Leuchtturmprojekten

Die anderen Fraktionen verfolgen weiterhin kostspielige, teilweise fehlgeplante Prestigevorhaben. Die ABB hingegen fordert eine **maßvolle, bauliche Entwicklung**, die sich angesichts der angespannten Finanzlage auf die **Daseinsvorsorge** konzentriert – insbesondere auf **Bildungseinrichtungen** und den **Breitensport**.

2. Wohnbaupolitik nach Bedarf statt „Gießkanne“

Bereits früh in der Wahlperiode hat sich die ABB klar für **zielorientierte Maßnahmen** positioniert. Während Grüne, SPD, CDU und UWG – unterstützt von der FDP – eine städtische **Entwicklungsgesellschaft** etablieren wollten, setzte die ABB auf die Idee ihres Bürgermeisterkandidaten: eine **interkommunale Zusammenarbeit** durch den Beitritt zur **gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft des Kreises**.

Statt einer flächendeckenden Ausweisung neuer Baugebiete **ohne Bedarfsprüfung** verlangt die ABB:

- **Ortsbezogene Bedarfsanalysen** für jeden Bornheimer Ortsteil
- Neubauflächen **nur dort**, wo sie wirklich benötigt werden
- Schwerpunkte auf **alters- und sozialgerechtem Wohnen** sowie modernen Wohnformen (z. B. Senioren-WGs, inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser / Wahlverwandtschaften)
- Stärkung des **sozialen Zusammenhalts** durch gegenseitige Unterstützung im nachbarschaftlichen Umfeld

3. Gegen kostspielige Experimente & kalte Enteignung

Die ABB lehnt Projekte ab, die den städtischen Haushalt dauerhaft belasten. Ein Beispiel ist die geplante Stadtentwicklungsgesellschaft, die laut Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **dhpg** im **Best Case** die ersten neun Jahre lang Verluste macht (d.h. frühestens im 10. Jahr erstmalig kostendeckend wäre) und im **Worst Case** zur dauerhaften Haushaltsbelastung wird.

Ebenso entschieden wenden wir uns gegen die von CDU, Grünen, SPD und UWG geforderte **obligatorische Abgabe von 25 % des Grundeigentums** oder eine Zwangsbindung an 25 % sozialen Wohnungsbau – unabhängig von Standort oder realem Bedarf. Diese

Maßnahme käme einer **kalten Enteignung** gleich und wäre der Einstieg in eine planwirtschaftliche Bodenpolitik, die Fachgutachten bereits als **wirtschaftlich riskant** und **mangelhaft geplant** bewertet haben.

4. Für Anreize, Kompetenz und praktikable Instrumente

Statt Zwang und planwirtschaftlicher Experimente setzt die ABB auf **Anreizsysteme**, **Förderprogramme** und einen **fachkundigen Bürgermeister**, der das Metier beruflich kennt und das **Baulandmobilisierungsgesetz** gezielt einzusetzen weiß.

Mit dieser klaren Linie steht die ABB für eine **verantwortungsvolle Stadtentwicklung**, die das Machbare im Blick behält, Chancen nutzt und dabei die finanzielle Zukunft Bornheims sichert – **ohne die Bürgerinnen und Bürger unnötig zu belasten**.

Soziales und Bürgergeld

Kommunale Sozialpolitik und Bürgergeld in Bornheim

Die Stadt Bornheim steht vor der Herausforderung, eine sozial gerechte und zukunftsfähige kommunale Sozialpolitik zu gestalten. Dabei sollen insbesondere Rentner, Arbeitslose und Geringverdiener abgesichert werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die **kommunalen Mittel vor Missbrauch geschützt** und primär den ortsansässigen Bürgern zugutekommen.

Die Stadt Bornheim muss ihre Sozialpolitik eigenverantwortlich und nach den lokalen Bedürfnissen ausrichten. Eine generationengerechte und nachhaltige Absicherung der sozial schwächsten Bürger, kombiniert mit einer konsequenten Kontrolle zur Verhinderung von Missbrauch und sozialem Dumping, bildet die Grundlage für eine gerechte und stabile kommunale Sozialpolitik. Gleichzeitig trägt die Förderung lokaler Selbstständigkeit und Wirtschaft zur Stärkung des gesamten sozialen Gefüges bei.

Verkehrspolitik und Mobilität

Die ABB hat ein Verkehrskonzept entwickelt, welches auf unserer Homepage nachzulesen ist.

https://www.aktivebuergerbornheim.de/2021/02/thesen-zur-verkehrspolitik-der-stadt-bornheim/

Hier die Zusammenfassung:

Thesenpapier zur Verkehrswende in Bornheim

Grundsatz:
Mobilität bedeutet **gleichberechtigte Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer** (Auto, LKW, Radverkehr, ÖPNV). Alternative Verkehrsformen sollen gezielt gefördert werden.

Bornheim ist eine flächenmäßig sehr große Stadt mit vielen Verkehrswegen, die Projekte im Straßen- und Tiefbau der Stadt Bornheim kommen nicht voran, da die personelle Situation seit mehr als 10 Jahren katastrophal ist. Offene Stellen können nicht besetzt werden. Hier ist eine Aufstockung des Personals die Lösung.

Die ABB spricht sich für eine an den **Bedürfnissen der Bürger** in Bornheim orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Politik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt, benachteiligt oder gar verbietet, lehnt die ABB ab. Im Vordergrund steht für uns die **Freiheit der Bürger bei der Wahl des Verkehrsmittels**.
Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben. Städte und Gemeinden können bei der Verwirklichung von Infrastrukturprojekten auf einvernehmlicher Basis zusammenarbeiten. Wir lehnen es aber grundsätzlich ab, der Stadt Bornheim weitere Kompetenzen zur Vereinheitlichung der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik zu entziehen.

Motorisierten Individualverkehr schützen
Die ABB unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste und modernste Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und Stauvermeidende Verkehrsführung schützen dabei die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft begründete Maßnahmen, wie z. B. Dieselfahrverbote oder die Einrichtungen von Umweltspuren, erreichen dies nicht. Gleichzeitig fordert die ABB den Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels in der Bornheimer City.

Radverkehr:

- Sicherere Infrastruktur durch Beseitigung von Unfall-Hotspots und Gefahrenstellen.
- Lücken im Radwegenetz schließen statt des vorrangigen Neubaus von Schnellradwegen.
- Trennung der Verkehrsflächen (Fußgänger, Radfahrer, Kfz) wo möglich. E-Roller und E-Bikes auf die Straße verweisen.

Straßenausbau:

- Die Stadt Bornheim ist verpflichtet die kommunalen Straßen durch Reparaturmaßnahmen im Wert zu erhalten. Dieser Verpflichtung ist die Stadt jedoch lange Zeit nicht nachgekommen. Die Folge, die städtischen Straßen sind weitgehend in einem schlechten Zustand. Das Straßen- und Tiefbauamt soll mit zusätzlichem Personal verstärkt werden, um den Projektstau und die Missstände abzuarbeiten.
- Verkehrswege wirtschaftlich und nicht überdimensioniert ausbauen (RAST-Standard).
- Bei Platzmangel einseitige Fuß- und Radwege als Alternative.

- Keine Benachteiligung von Fußgängern und Radfahrern durch autolastige Verkehrsregelungen.
- Einfluss auf Stadtplanung und "Straßen NRW" nehmen.
- Zuschüsse für Radwege und Straßensanierung nutzen, ohne Anwohner finanziell zu belasten.
- Transparenz zu Fördermitteln seitens der Stadtverwaltung erhöhen.

Neue Infrastruktur:

- Bei Straßenneubau Rad- und Fußwege verpflichtend mitplanen.
- Kreisverkehre und Zebrastreifen bevorzugen, wo möglich.
- Verkehrsvermeidung durch Optimierung von Streckenführungen und Taktungen.
- "Gemüseweg"-Umgehungsstraße zur Entlastung der L183 realisieren. Verlängerung der L281 nach Walberberg Schwadorf.

ÖPNV & Busverkehr:

- Buslinien optimieren und nur bei ausreichender Nutzung beibehalten.
- Einkaufszentren in den Fahrplan integrieren.
- Taktverdichtung der Linien 16 & 18 nur zu Hauptverkehrszeiten.
- Zusätzliche Fahrten in Randzeiten für Schichtarbeiter.
- Direktverbindung von Bornheim nach Wesseling.
- Abstimmung der Streckensanierung zwischen der DB und der KVB / HGK (der zweigleisige Ausbau der Line 18 darf zu keinen weiteren Einschränkungen des ÖPNV führen, solange die Baumaßnahmen der DB zwischen Köln und Bonn nicht abgeschlossen sind).

Elektro-Mobilität:

- Aufkommensneutrale Installation von Ladestationen für E-PKWs.
- Fokus auf Ladestationen für Elektro-Zweiräder.
- Zweifel an Nachhaltigkeit von E-Autos: Rohstoffgewinnung, Batterierecycling, Brandgefahr.
- Keine städtischen Investitionen in Elektrofahrzeuge aufgrund hoher Mehrkosten.

Technik & Ideologie:

- Keine Ideologisierung der Verkehrspolitik.
- Investitionen nach wirtschaftlicher Vernunft statt technologischem Dogma.

Rheinspange A553:

- Die ABB unterstützt grundsätzlich das Projekt Rheinspange.
- Ein Bundesprojekt, das auf kommunaler Ebene nicht verhindert werden kann.
- In Bornheim und Wesseling muss dafür gesorgt werden, dass durch das Projekt kein nachteiliger Einfluss auf die Trinkwasserversorgung entsteht.
- Keinen Autobahnzubringer in Urfeld/Widdig, da die Wasserschutzzone dadurch überbaut würde und die Wasserversorgung von Bornheim und Wesseling in Gefahr gerät.

Finanzielle Verantwortung:

- Angespannte Haushaltslage erfordert kluge Investitionen.
- Fokus auf kosteneffiziente Projekte mit großer Wirkung ("Quick Wins").
- Priorisierung von Maßnahmen mit hoher Nutzen-Kosten-Bilanz.

Die ABB setzt auf eine **pragmatische, wirtschaftliche und bürgerfreundliche Verkehrswende**, die alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt und nachhaltige Lösungen mit Augenmaß verfolgt.

Sachorientierte Geschwindigkeitskontrollen

Geschwindigkeitskontrollen dienen der Verkehrssicherheit. Wir halten es deshalb für zweckmäßig, diese auf Unfallschwerpunkte und Gefahrenstellen zu begrenzen. Den Kauf einer Blitzanlage und Verkehrskontrollen der Kommune, die dem Zweck der Aufbesserung der kommunalen Finanzen dienen, lehnen wir grundsätzlich ab.
Hier sind Dienstleister, welche solche Verkehrskontrollen durchführen, zu beauftragen.

Innerörtliche Geschwindigkeitsregelung

Eine grundsätzliche allgemeine innerörtliche Tempo 30 Zone lehnen wir ab.
Das bestehende Grundkonzept zur Geschwindigkeitsregelung sieht Tempo 30 in Wohngebieten und besonders schützenswerten Gebieten, wie z.B. vor Schulen und Kindergärten vor. Auf den übergeordneten Straßen wird das maximale Tempo 50 vorgeschrieben. Wir finden diese Lösung sinnvoll. Sofern Anwohner eine Tempo 30 Zone in ihrem Wohngebiet wünschen und die Arbeiten vor Ort selbst erledigen wollen (Haifischzähne aufbringen, Hinweis Tempo 30 etc.), ist dagegen nichts einzuwenden.

Ampelanlagen reduzieren und bedarfsgerecht einsetzen

Wir erkennen die Notwendigkeit von Ampelanlagen an, sind aber der Auffassung, dass dies nicht die effektivste und sicherste Möglichkeit zur Steuerung des Verkehrsflusses ist. Aus Erfahrungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern lässt sich erkennen, dass Kreisverkehre das Unfallrisiko senken, die Wartungskosten reduzieren und die Wartezeiten verkürzen, sowie die Lärmbelästigung und den Schadstoffausstoß reduzieren. Kreisel sind somit wesentlich billiger als eine Ampelanlage. Bei jedem Bauvorhaben muss daher intensiv geprüft werden, ob eine Ampelanlage wirklich notwendig ist oder ein Kreisverkehr sich als sinnvollere Alternative darstellt.

Kultur und Brauchtum

Unser kulturelles Leben ist das Herzstück des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir wollen **Traditionen bewahren, neue Impulse zulassen und Vereine stärken**, damit alle Generationen in unserer Stadt eine lebendige Heimat finden.

1. Feste, Bräuche und Veranstaltungen sichern

- **Stadt als verlässlicher Dienstleister**: Die Kommune übernimmt Organisation und Haftung für öffentliche Veranstaltungen – von der Kirmes bis zum Festumzug – und entlastet damit Vereine und Ehrenamt.
- **Religiöse und weltliche Traditionen pflegen**: Maibaumaufstellung, Martinszug, Prozessionen bleiben feste Bestandteile des Jahreskalenders.
- **Veranstaltungsorte stärken**:
  - **Rheinhalle** – Erhalt als Kulturzentrum und Belegungsfläche im Katastrophenfall.
  - **Dörfliche Säle & Freiflächen** – unbürokratische Freigabe für Feste und Märkte; klare Genehmigungsverfahren auch für private oder kommerzielle Anbieter.

2. Vereine als soziale Anker fördern

- **Finanzielle und fachliche Unterstützung** für Musik-, Chor-, Sport- und Schützenvereine, weil sie Kultur, Integration und generationsübergreifenden Zusammenhalt sichern.
- **Ehrenamt stärken** durch Fortbildungen, Netzwerk- und Beratungsangebote; Jugend- und Inklusionsarbeit wird besonders honoriert.

3. Geschichte bewahren, Identität erlebbar machen

- **Heimatmuseum im Alten Bürgermeisteramt (Königstraße)**:
  - Konzept „Haus der Geschichte“ mit Dauer- und Wechselausstellungen.
  - Leihgaben aus der Bürgerschaft, digitale Sammlungen und ehrenamtliche Kuratoren.
- **Dorfchroniken & digitale Archive**: Historische Fotos, Dokumente und Filme werden professionalisiert gescannt, online zugänglich gemacht und in Schulen genutzt.

4. Generationen verbinden – Zukunft gestalten

- **Erzähl- und Mitmachformate**: Ältere teilen Geschichten, Jüngere dokumentieren – so bleiben Erfahrungen lebendig.
- **Offenheit für Neues**: Traditionen dürfen wachsen; moderne Elemente oder ganz neue Bräuche werden unterstützt, wenn sie Gemeinschaft stiften und Werte vermitteln.
- **Digitale Kommunikation:** Lokale Social-Media-Gruppen informieren schnell über Veranstaltungen, erleichtern Mitwirkung und heißen Neubürger willkommen.

Mit diesem Maßnahmenpaket **sichern wir unser kulturelles Erbe, geben Vereinen Rückenwind und schaffen Raum für zeitgemäße Ideen** – damit Kultur und Brauchtum auch morgen eine starke Heimat haben.

Umweltschutz

Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tierwohl, Jagd, Umwelt- und Verbraucherschutz

Die zentralen Positionen der ABB. Im Fokus steht der Schutz der regionalen Natur- und Kulturlandschaft, eine verantwortungsvolle und praxisnahe Umwelt- sowie Energiepolitik und die Sicherung der regionalen Agrar- und Forstwirtschaft. Dabei wird eine ideologisch getriebene, zentralistische Bürokratie klar abgelehnt.

- **Schutz der Natur- und Landschaftsschutzgebiete:**
  Der Erhalt und die Pflege vorhandener Schutzgebiete haben oberste Priorität.

- **Ablehnung überzogener Maßnahmen:**
  Maßnahmen wie ein generelles Verbot von Vorgärten mit Steinbelag oder der Zwang zu Dachbegrünungen bei Gewerbebauten werden als Eingriff in die Eigenverantwortung von Bauherren und Unternehmen abgelehnt.

- **Kritik am Stadtbauprojekt:**
  Pläne, Bäume zur Verbesserung des Mikroklimas in Straßen zu pflanzen – ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf Parksituation, Verkehrsfluss und Infrastruktur – werden als unüberlegte Maßnahme kritisiert, die Eigentümer vor vollendete Tatsachen stellt.

- **Regulierung des Windenergiebaus:**
  Die Stadt hat weiche und harte Kriterien für den Bau von Windenergieanlagen eingeführt. Die ABB unterstützt die Beschränkung der Flächenausweisung, insbesondere in kritischen Stadtgebieten wie der Ville.

- **Umweltschäden durch Windkraft:**
  Windenergieanlagen werden als Gefährdung für Pflanzen, Tiere und die menschliche Lebensqualität bewertet – insbesondere der Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten wird als Kollateralschaden kritisiert.

- **Forderung nach umfassender Forschung:**
  Die Auswirkungen von Bodenerosion, Windschleppen sowie Einflüssen auf Boden- und Wasserhaushalt müssen dringend erforscht werden. Bis zum Vorliegen belastbarer Erkenntnisse sollten Genehmigungen ausgesetzt werden.

- **Schutz der Waldflächen:**
  Die weitläufigen Wälder Bornheims sollen unter den Aspekten Ökologie, Ökonomie und Erholung geschützt werden – immer unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.

- **Regionale Waldbewirtschaftung:**
  Eine angepasste, regionale Bewirtschaftung in den Händen von Fachleuten und Eigentümern ist unerlässlich, statt Planspielen, die Brüssel-typische Vorgaben erzwingen.

Die ABB steht für einen **pragmatischen, regional orientierten Ansatz** in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz sowie Umwelt- und Verbraucherschutz. Ideologisch getriebene, zentralistische Maßnahmen, die die Eigenverantwortung untergraben und zu erheblichen **Umwelt- und Sozialschäden** führen, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen fordern wir eine Politik, die auf die regionalen Gegebenheiten eingeht, die natürlichen Lebensgrundlagen wahrt und gleichzeitig die wirtschaftliche und soziale Freiheit der Bürger schützt.

Vergabepraxis in Bornheim

Auf städtischer Ebene sind Ausschreibungsprozesse zu verbessern, damit alle Ausschreibungen transparent, nachvollziehbar sowie online einsehbar ablaufen. Mehrkosten durch nachträgliche Änderungen sind dabei generell abzulehnen. Im Vorfeld sind Ausschreibungen daher so detailliert auszuarbeiten, dass grobe Fehler vor Auftragsvergabe möglichst ausgeschlossen werden können. Nachträgliche Änderungen geben den ausführenden Unternehmen oftmals Gelegenheit, die Preise unangemessen zu erhöhen. Sie sind daher auf dem Preisstand der Ausschreibung auf der Basis von Selbstkostenerstattungspreisen zu vereinbaren und abzurechnen. Nachträgliche Änderungen, die auf Planungsfehlern oder Versäumnissen der ausführenden Unternehmen basieren, sind für die Stadt kostenfrei nachzubessern.

Jede Kommune, auch die Stadt Bornheim, ist angehalten Ausschreibungen öffentlich zu gestalten. Unter bestimmten Bedingungen sind auch beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben möglich. Leider ist es fast schon zur Regel geworden, dass ausgesprochene Billiganbieter (bis zu 15 % und mehr unter dem Mittelwert aller Bieter) die Ausschreibungen gewinnen und auch unkritisch beauftragt werden. Nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen und Leistungen (VOB/VOL) ist der Auftraggeber angehalten, das **wirtschaftlichste Angebot** zu beauftragen. Das wirtschaftlichste Angebot ist aber nicht zwingend auch das preiswerteste Angebot. Maßgebend sind die Gesamtkosten, also diejenigen für Investition und Betrieb einschl. Wartung. Wenn dem Billiganbieter nachgewiesen werden kann, dass wichtige Massenpositionen unter Einkaufspreis bzw. mit Dumpinglöhnen kalkuliert sind, kann die Stadt die Beauftragung ohne Probleme verweigern und den nächstfolgenden Bieter auf der Rangliste der geprüften Bieter beauftragen. Unter Hinweis auf die kritische finanzielle Situation der Stadt (Nothaushalt) wurden bisher fast immer die Billiganbieter beauftragt.

Bornheimer Firmen, die seriös kalkulieren, fielen im Wettbewerb durch. Die Folge: Bornheimer Firmen beteiligen sich nur noch ungern oder gar nicht mehr an Ausschreibungen. Das ist eine völlig unbefriedigende Situation. Hier muss in Zukunft deutlich gegengesteuert werden.

In Bornheim ansässige Firmen zahlen in Bornheim Gewerbesteuer. Folglich können sie erwarten, dass sie bei städtischen Vergaben im Rahmen der VOB oder VOL auch angemessen berücksichtigt werden. Dafür wird sich die ABB im nächsten Rat verstärkt einsetzen.

Unsere konkreten Vorschläge

- Die Stadt legt eine umfassende **Firmenliste** an, in der alle Bornheimer Firmen nach fachlicher Qualifikation und Arbeitsgebieten gelistet werden. Diese Bornheimer Firmen werden in Zukunft vorab schriftlich per E-Mail über Ausschreibungs-Veröffentlichungen informiert, die in ihr Arbeitsgebiet fallen. Es reicht nicht aus, hier nur eine Veröffentlichung im Ausschreibungsanzeiger zu schalten. Hier ist etwas mehr **Aufwand von Seiten der Verwaltung durchaus zumutbar**.
- Bei beschränkten Ausschreibungen sind **vorzugsweise Bornheimer Firmen** zur Abgabe eines Angebotes aufzufordern. Als begründete Ausnahme gilt, wenn es keine geeigneten Firmen im Bornheimer Stadtgebiet geben sollte. Die Begründung für die Auswahl der Firmen ist aktenkundig zu machen und dem zuständigen Ausschuss zur Genehmigung vorzulegen.
- Bei freihändigen Vergaben sind nur noch im ausdrücklich zu begründenden Ausnahmefall Firmen außerhalb von Bornheim zu beauftragen. Begründete Ausnahmefälle gelten sinngemäß wie vor.
- Die Einhaltung der Forderungen zu **Mindestlöhnen gem. Vergabegesetz NRW** ist zu prüfen und zu dokumentieren. Der Prüfbericht ist den Entscheidungsvorlagen des Rates als Anlage beizufügen.
- Den Vorbemerkungen zu Ausschreibungen werden Formblätter beigelegt, die eine **nachprüfbare Material- und Lohnkalkulation** bei gewichtigen Massenpositionen erzwingen. Die Nichtabgabe der ausgefüllten Formblätter führt zum Ausschluss vom Wettbewerb. Die oft übliche Praxis, nicht ausgefüllte Formblätter nachreichen zu lassen, wird abgelehnt.
- Es ist bei der Bewertung der Angebote ab sofort ein **Schwerpunkt auf die angebotenen Qualitäten** zu legen. Werden qualitativ nicht gleichwertige Fabrikate angeboten, muss der Bieter vor der Vergabe die geforderte Qualität nachweisen oder im Zweifelsfall das Leitfabrikat anbieten. Um die geforderte Qualität der angebotenen Produkte künftig sicherzustellen, werden in den Leistungspositionen qualitativ hochwertige Leitfabrikate vorgegeben (Fabr. xxx / Typ yyy oder gleichwertig).

Die von der Verwaltung im Rat und in den Ausschüssen vorgelegten Beschlussentwürfe zu Vergaben sind, um es deutlich zu sagen, wenig inhaltlich. Es fehlen etliche Angaben, die für eine Prüfung und Vergabe im Rat oder im Ausschuss unabdingbar sind (insbesondere eine Liste aller aufgeforderten Bieter, die Namen der Bieter, die nicht abgegeben haben, Angaben bzw. Begründung, warum Bieter kein Angebot abgegeben haben, obwohl sie ein Ausschreibungsblankett angefordert haben, Kostenermittlung des Planers - eine wesentliche Grundleistung der HOAI) unverzichtbar.

Stellen sie sich folgendes Szenario vor: Die Kostenermittlung des Planers ist in der Beschlussvorlage mit 525.000 € angegeben. Das preisgünstigste Angebot liegt aber bei 347.000 oder schlimmer noch, bei 645.000 €. Da würden doch Fragen aufkommen? Der Rat oder der Ausschuss hat bei Vergaben eine Kontrollfunktion und nicht nur eine

„Durchwinkaufgabe“. Es gibt, was die Vergabe- und Prüfpraxis der Stadt bei den Auftragsvergaben angeht, einiges zu verbessern! Um es deutlich zu sagen: Was da in nichtöffentlichen Sitzungen so vorgelegt wurde, ist in der Regel überhaupt nicht prüfbar. Vertrauen in die Verwaltung ist gut, **Kontrolle ist bei Vergaben aber nicht verzichtbar**.

Bei laufenden Ausschreibungen sollten vorhandene Fachkompetenzen der Bürger genutzt werden, um auf Schwachstellen oder mögliche Verbesserungen in den Ausschreibungsunterlagen aufmerksam zu machen und vor der Vergabe entsprechende Änderungen vornehmen zu können. Bei sehr großen Investitionssummen oder langfristigen Belastungen des Haushaltes, die über einen Zeitraum von 10 Jahren hinausgehen, sollte ein Rats-Bürgerentscheid abgehalten werden.

Unsere Vision

- Wir möchten allen Bornheimer Bürgern, die bisher noch nicht kommunalpolitisch aktiv geworden sind oder die sich nach persönlichen Erfahrungen aus der Kommunalpolitik und von den Alt-Parteien zurückgezogen haben, **eine neue kommunalpolitische Plattform und Heimat** bieten.
- Wir wollen die kommunalpolitische **Mitarbeit der Bornheimer Bürger fördern** und so auch die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen erhöhen.
- Kommunalpolitik lässt sich nur durch aktives und gemeinschaftliches Handeln gestalten, nicht nur auf der Straße durch Demonstrationen, nicht nur durch Unterschriftensammlungen, Protestschreiben und Bürgerentscheide oder gar vor Gericht, sondern in erster Linie durch Aktivitäten im **Rat und in den Ausschüssen**.
- **Aufarbeitung der Covid-Pandemie und deren Folgen.** Einschränkung der Grundrechte und Repressionen darf es in dieser Form nie mehr geben. Hier fand auch auf kommunaler Ebene vieles statt, was so nicht mehr passieren darf (z.B. in den Schulen, Ausschluss von nicht geimpften Personen, übertriebener Aktionismus, der nicht nur viele Steuergelder gekostet hat, etc…)

Unser Aufruf

Wählen gehen!

Das ist aktuell die wirksamste Aktionsform!

Derjenige, der Änderungen will, muss die Mehrheitsverhältnisse im Rat verändern. Aktive Bürger Bornheim überlassen die Bornheimer Kommunalpolitik nicht allein den im Bornheimer Rat vertretenen politischen Parteien. Bornheims Bürger werden aktiv und erteilen all denen eine Lektion, die kläglich versagt und den Willen der Wähler nach der letzten Kommunalwahl, wieder einmal, einfach vergessen haben.

Es geht um die Stadt Bornheim, das Wohl ihrer Bürger. Es geht nicht um die Selbstdarstellung von Parteien oder Einzelpersonen.

Es gibt keine richtige oder falsche konservative, linke oder grüne Kommunalpolitik. Es gibt nur Lösungen für Probleme, die richtig oder falsch sind.

ABB

Aktive Bürger Bornheim

Wem gehört Bornheim?

Mehrheiten im Rat ändern.

ABB wählen!

ViSdP: Aktive Bürger Bornheim (ABB) · Guido Dartenne S Lücherweg 13 · 53332 Bornheim

Geben Sie Ihre Stimme den Kandidaten der ABB!

Nr.	Wahlbezirk	ABB Kandidat	Reserveliste
10	G1 Roisdorf I	Reile, Angela	Platz 14
20	G2 Roisdorf II	Reile, Björn	Platz 1
30	G3 Bornheim/Roisdorf	Meier, Georg	Platz 15
40	G4 Bornheim I	Schumacher, Daniel	Platz 2
50	G5 Bornheim II	Fischer, Karlheinz	Platz 7
60	G6 Bornheim III	Alef-Goskowitz, Elisabeth	Platz 11
70	G7 Brenig	Schell, Johann	Platz 12
80	G8 Dersdorf/Waldorf	Dartenne, Guido	Platz 5
90	G9 Waldorf	Dartenne, Barbara	Platz 21
100	G10 Kardorf/Sechtem	Schidlowski, Iris	Platz 13
110	G11 Hemmerich/Rösberg	Wachendorf, Dirk	Platz 8
120	G12 Rösberg/Merten	Reuter, Wolfgang	Platz 19
130	G13 Merten I	Süß, Marc	Platz 6
140	G14 Merten II	Weiler, Heinrich	Platz 17
150	G15 Walberberg I	Breuer, Matthias	Platz 3
160	G16 Walberberg II	Kuhl, Albert	Platz 9
170	G17 Sechtem I	Kleineheer, Wolfgang	Platz 10
180	G18 Sechtem II	Sanchez Friedrich, Nathalie	Platz 4
190	G19 Widdig	Breuer, Luz	Platz 22
200	G20 Uedorf/Hersel	Kerspe, Christian	Platz 18
210	G21 Hersel I	Pistorius, Christiane	Platz 20
220	G22 Hersel/Roisdorf	Gerda, Noack	Platz 16

ViSdP: ABB Aktive Bürger Bornheim, Lücherweg 13, 53332 Bornheim

E-Mail: abb.bornheim@gmx.de, +49 175 793 74 45